



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Arbeitsprogramm des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) für 2026

Ratsmitglieder: Prof. Dr. Stefan Bayer, Gräfin Bettina Bernadotte af Wisborg, Carolin Boßmeyer, Prof. Dr. Fatma Deniz, Tanja Gönner, Prof. Dr. Gerald H. Haug (Vorsitzender), Reiner Hoffmann (stellv. Vorsitzender), Thomas Kufen, Prof. Dr. Mark Lawrence, Dr. Katrin Leonhardt, Prof. Dr. Kai Niebert, Hubertus Paetow, Dr. Myriam Rapior, Dr. Werner Schnappauf, Achim Steiner



Vorwort der Vorsitzenden

Die Welt, Europa und Deutschland befinden sich im Umbruch. Multiple Krisen und rasante wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen stellen bisherige Gewissheiten, Systeme und politische Entscheidungen in Frage. Zugleich geraten die regelbasierten Grundlagen nachhaltiger Entwicklung unter Druck – und damit auch die Orientierung hin zu einer lebenswerten Zukunft innerhalb der planetaren Grenzen, wie sie in den Zielen der Agenda 2030 zum Ausdruck kommt. So ist der Reform- und Veränderungsdruck oft größer als die Bereitschaft bzw. die Fähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, einen zukunftsorientierten Wandel aktiv zu gestalten. Vereinfachende, häufig rückwärtsgewandte Lösungsversprechen gewinnen an Einfluss und verstellen den faktenbasierten Blick nach vorne.

Vor diesem Hintergrund tritt der Anfang 2026 neu berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung an, eben diesen Blick zu schärfen und die Bundesregierung bei der Vorbereitung und Umsetzung nachhaltiger und zukunftsgerichteter Entscheidungen zu unterstützen. Dazu wollen wir drei Hebel ansetzen:

- „Zukunftsfähiges Wirtschaften“: Der Rat wird aufzeigen, dass Nachhaltigkeit kein zu minimierender Kostenfaktor, sondern ein Wachstumstreiber ist, der wirtschaftliche Stärke mit ökologischer Verantwortung und sozialem Ausgleich verbindet. Energiesouveränität, die Mobilisierung und Hebelung privaten Kapitals, nachhaltige und nachhaltig erfolgreiche Geschäftsmodelle sowie nicht zuletzt Sicherheit und Resilienz sind dafür zentrale Bausteine.
- „Deutschland 2030plus“: Der Rat will zeigen, wie Nachhaltigkeit als Kompass in eine lebenswerte Zukunft führt – nicht wunschgetrieben, sondern nüchtern, realitätsnah und so flexibel wie nötig. Damit will der RNE auch zu einer positiven Zukunftserzählung als wichtiger Voraussetzung für gemeinsam zu erringende Veränderungen beitragen.
- Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“: Unter diesem Titel hat die Bundesregierung ein umsetzungsorientiertes Instrument für Elemente der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Der Rat wird den Aktionsplan aktiv begleiten.

Wir sind davon überzeugt, dass nachhaltige Entwicklung Chance und Notwendigkeit für eine lebenswerte Zukunft innerhalb der planetaren Grenzen ist. Wir haben uns vorgenommen, die Nachhaltigkeitsziele mit bewährten wie auch mit neuen Ideen und Instrumenten zu verfolgen.



Prof. Dr. Gerald H. Haug
Ratsvorsitzender



Reiner Hoffmann
Stellvertretender Ratsvorsitzender

Arbeitsweise

Grundsätze

Der RNE orientiert sich in seiner Arbeit und Außenkommunikation an folgenden Grundsätzen:

Relevanz und Kontextsensibilität

Beratungsvorhaben sollen konkrete politische Prozesse beeinflussen, die für nachhaltige Entwicklung in Deutschland sowie für die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt aktuell und in Zukunft von Bedeutung sind. Die Empfehlungen des Rates basieren auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Im Sinne des Agenda-Setting verhelfen sie neuen oder wenig beachteten, aber relevanten Themen und Entwicklungen zu mehr Beachtung. Dies geschieht unter Berücksichtigung des aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurses und durch Adressat*innen-gerechte Kommunikation.

Lösungs- und Wirkungsorientierung

Lösungsorientierte Beratungsvorhaben gehen von konkreten Herausforderungen und konkreten Fragestellungen aus und bieten für diese spezifische und umsetzbare Lösungsoptionen an. Der RNE antizipiert dabei, wie Wirkung in der Politik erzeugt werden und Bezug zu den Sustainable Development Goals (SDGs) hergestellt werden kann. Die hierbei relevanten Themen betrachtet der Rat ebenenübergreifend: Kommune, Land, Bund, EU, international. Dabei berücksichtigt er ökologische Themen, wirtschaftliche Entwicklung und sozialpolitische Aspekte stets im Zusammenspiel.

Lebensrealitäten und Akzeptanz

Der RNE entwickelt aus seiner Multi-Stakeholder-Perspektive heraus klar und verständlich formulierte Empfehlungen, bei denen vielfältige Lebensrealitäten einbezogen werden. Er prüft dabei, wie ein nachhaltiger Wandel unter Berücksichtigung sozioökonomischer, regionaler und individueller Handlungsspielräume wirksam gestaltet werden kann. Maßstäbe für Akzeptanz sind dabei Fairness, Wirksamkeit, individueller Nutzen, Gemeinwohlbezug und Einfachheit.



Schwerpunktt Themen 2026

Für 2026 setzt das Arbeitsprogramm zwei Schwerpunktt Themen, die prioritär bearbeitet werden sollen:

1. **Zukunftsfähiges Wirtschaften**
2. **Deutschland 2030plus: Zukünfte für ein lebenswertes, nachhaltiges Deutschland**



Eine starke Marktwirtschaft, die faire Einkommensverteilung schafft und innovativ Zukunftsmärkte erschließt, ist ein zentraler Pfeiler für ein zukunftsfähiges Deutschland. Sie trägt wesentlich zu Sicherheit, Resilienz und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Zugleich schafft sie die finanziellen Grundlagen für einen funktionsfähigen Staat, insbesondere für Infrastrukturinvestitionen, Verteidigung, Bildung und die Systeme der sozialen Sicherheit. Vor diesem Hintergrund fokussiert der RNE 2026 drei Themenbereiche:

- **Energiesouveränität:** bezahlbare, stabile und klimaneutrale Energieversorgung;
- **Finanzierung und Rahmenbedingungen:** Kapital für Zukunftsinvestitionen und gute Bedingungen für Zukunftsbranchen und nachhaltige Geschäftsmodelle;
- **Sicherheit** als Voraussetzung und Chance für nachhaltige Entwicklung;

Nachhaltigkeitspolitik ist Zukunftspolitik. Daher wird der RNE mit einem Zeithorizont über 2030 hinaus Szenarien für ein lebenswertes und nachhaltiges Deutschland entwickeln.

Neben der Entwicklung der genannten Schwerpunkte begleitet der RNE in seiner beratenden Funktion fortlaufend politische Prozesse und Initiativen.

Dazu zählen:

- die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), insbesondere des neuen Aktionsplans, sowie Fragen der Nachhaltigkeits-Governance;
- Europäische Nachhaltigkeitspolitik;
- Internationale Nachhaltigkeitspolitik, insbesondere SDGs und Post2030;
- Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene.

1. Zukunftsfähige Wirtschaft

Darum geht es: Eine zukunftsfähige Wirtschaft – marktwirtschaftlich, ökologisch verträglich, sozial gerecht und innovativ – bietet nicht nur Chancen für neue Märkte, schafft gute Arbeitsplätze und sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie verbindet wirtschaftliche Dynamik mit globaler Verantwortung und schafft so die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft. Damit dies gelingt, muss Kapital in Zukunftsinnovationen und Zukunftsbranchen fließen, und nachhaltige Geschäftsmodelle müssen tragfähig gestaltbar sein. Zentrale Bausteine für eine zukunftsfähige Wirtschaft sind insbesondere Energiesouveränität und Sicherheit im weiteren Sinne. Daher wird der Rat 2026 zunächst prioritär zu diesen Themen arbeiten:

- Zukunftsfähige Wirtschaft als übergreifendes Ziel: Welcher Rahmen sollte gesetzt werden, um Innovationen und Investitionen in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken?
- Energiesicherheit als Grundpfeiler: Ohne stabile, bezahlbare und saubere Energie keine zukunftsfähige Wirtschaft.
- Sicherheit und Nachhaltigkeit als Querschnittsthemen: Sicherheit und Resilienz im weiteren Sinne sind wichtige Grundlagen für nachhaltige Entwicklung.

Kapital für Zukunftsinvestitionen und gute Voraussetzungen für nachhaltige Geschäftsmodelle

Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und gilt in vielen Bereichen als Innovationsführer. Gleichzeitig verlieren Wirtschafts- und Innovationskraft in Deutschland an Dynamik, der Industriestandort Deutschland fällt strukturell zurück. Ziel der Ratsarbeit in diesem Themenstrang ist es, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass systemrelevante Industriezweige in Deutschland und Europa erhalten bleiben, Abhängigkeiten reduziert, Wettbewerbsführerschaft in Schlüsseltechnologien gewonnen und nachhaltige Geschäftsmodelle in und aus Deutschland erfolgreich sein können.

Umbau und Modernisierung von Infrastruktur, Energiesystemen und Gebäuden sowie die Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Erschließung von Zukunftsfeldern benötigen dabei enorme Finanzmittel, die nicht allein aus öffentlichen Haushalten bestritten werden können. Anreize, Regulierung und Risikoabsicherung müssen daher so zusammenwirken, dass Investitionen gezielt den Wirtschaftsstandort Deutschland, die Kommunen und die Gesellschaft stärken und zukunftsfähig machen. Innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle müssen innerhalb der Rahmenbedingungen tragfähig sein können.

Energiesouveränität: bezahlbare, stabile und klimaneutrale Energieversorgung

Energiesouveränität und Energiesicherheit im 21. Jahrhundert entstehen nicht durch die Verwendung fossiler Reserven, sondern durch ein resilientes, intelligentes, erneuerbares und europäisch integriertes Energiesystem. Die zentrale Herausforderung besteht darin, kurzfristige Versorgungssicherheit mit langfristiger Klimaneutralität und wettbewerbsfähigen Kosten in Einklang zu bringen. Statt einseitig auf Versorgungssicherheit zu setzen, braucht es ein breiteres Verständnis von Energiesicherheit und Souveränität. Unter dem aktuellen geopolitischen Druck muss Energiesicherheit neu gedacht

werden: Krisenfeste Politikinstrumente ohne fossilen Lock-in müssen identifiziert und Bausteine eines resilienten, intelligenten und kosteneffizienten Energiesystems bestimmt werden. Dabei sind europäische Integration, strategische Autonomie und Energiepartnerschaften als zentrale Hebel mitzudenken.

Sicherheit als Voraussetzung und Chance für nachhaltige Entwicklung

Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur, digitale Souveränität und zivilen Katastrophenschutz verbessern nicht nur die militärische Handlungsfähigkeit, sondern stärken auch gesellschaftliche Resilienz und ökologische Zukunftsfähigkeit. Ein modernes Sicherheitsverständnis erfordert eine ganzheitliche Betrachtung, die auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung strategische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen einbezieht.

Der RNE kann hier als Multi-Stakeholder-Gremium einen entscheidenden Mehrwert leisten. Mit seiner Vielfalt an Perspektiven hilft er, die öffentliche Debatte zu strukturieren, Zielkonflikte transparent zu machen und politische Entscheidungsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung zu stärken. Insbesondere die aktuelle haushaltspolitische Diskussion um die begleitenden sicherheitsrelevanten Investitionen in Höhe von 1,5% als Teil des 5%-NATO-Ziels bietet interessante Ansatzpunkte, Nachhaltigkeit und Sicherheit zu verknüpfen – denn hier werden Resilienz, Infrastruktur und Cyber-Sicherheit explizit angeführt.

2. Deutschland 2030plus: Der Blick nach vorn

Darum geht es: Der RNE feiert 2026 sein 25-jähriges Bestehen als Impulsgeber für die Politik, als glaubwürdige Stimme für eine zukunftsfähige, nachhaltige und gerechte Entwicklung und als Wegbereiter für eine gute Zukunft für heutige und folgende Generationen.

Der Rat nimmt das Jubiläum zum Anlass, den Blick nach vorn zu richten. Als zentrales strategisches Element entwickelt er dazu mehrere Zukunftsszenarien für „Deutschland 2030plus“. Diese beschreiben verschiedene plausible Entwicklungspfade, die mögliche Tendenzen und Herausforderungen Deutschlands bis über das Jahr 2030 hinaus abbilden. Auf dieser Grundlage beschreibt der Rat ein Präferenzszenario – ein positives Zukunftsbild, das Nachhaltigkeit als das sichtbar macht, was sie ist: der Weg in eine lebenswerte Zukunft.

Die Szenarien dienen dem Rat als strategischer Kompass für die gesamte Mandatsperiode. Sie machen Wechselwirkungen zwischen Politikfeldern sichtbar, helfen Silodenken zu überwinden und erlauben es, Empfehlungen nicht nur auf die Gegenwart, sondern auf multiple mögliche Zukünfte hin auszurichten – robuster, vorausschauender, anschlussfähiger. Das Präferenzszenario gibt dabei eine klare Richtung vor; die weiteren Szenarien öffnen Handlungskorridore für den Fall, dass sich Entwicklungen anders entfalten als erhofft, und zeigen, worauf man sich auch unter Unsicherheiten verständigen kann.

Die Szenarien sollen aber auch ein Angebot sein: an die Bundesregierung als Orientierungsrahmen für die missionsgeleitete Nachhaltigkeitspolitik, an Parlament und Zivilgesellschaft als Einladung zum Diskurs darüber, welche Zukunft wir wollen – und was es braucht, um sie zu erreichen.



Fortlaufende Beratungsleistungen

Internationale und europäische Nachhaltigkeitspolitik

Über zehn Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 ist die Umsetzung der SDGs nicht auf Kurs. Trotz einiger Umsetzungserfolge führten die Vielfachkrisen der letzten Jahre sowie stetig fehlende Finanzmittel zu herben Rückschlägen. Dieser Trend verfestigt sich in den aktuell politisch unsicheren Zeiten. Grund dafür sind sich verschärfende geopolitische Rivalitäten und Konflikte, Verschiebungen von Machtverhältnissen sowie Missachtung der regelbasierten Ordnung und der zunehmende Legitimitätsverlust der Vereinten Nationen.

Des Weiteren ist es nicht gelungen, die internationale Finanzarchitektur hinreichend zu reformieren. Hinzu kommt, dass sich einige Länder von der Agenda 2030 oder von einzelnen SDGs distanzieren, insbesondere die USA. Dies wirkt sich nicht nur auf die benötigte Beschleunigung der SDG-Umsetzung bis 2030 aus, sondern auch auf einen Nachfolgemechanismus nach 2030, der in den kommenden Jahren zwischenstaatlich zu verhandeln ist.

Vor diesem schwierigen Hintergrund wird sich der RNE in der Ratsperiode 2026-2028 für eine weitere ambitionierte Umsetzung der beschlossenen SDGs, für eine stärkere Berücksichtigung der Querschnittsthemen bzw. themenübergreifenden Zusammenarbeit (Stichwort „Spillover-Effekte“) sowie für eine weitere Unterstützung der Bundesregierung bei zentralen Formaten auf UN-Ebene einsetzen – insbesondere beim High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF). Zudem wird er seine Expertise und sein Netzwerk in die Gestaltung der Post-2030-Agenda und die Entwicklung neuer internationaler Partnerschaften und Kooperationsmechanismen einbringen.

Neben der internationalen Ebene spielt auch die europäische Politik eine zentrale Rolle für die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland. Viele der wichtigsten umwelt- und klimapolitischen Vorgaben werden auf EU-Ebene entwickelt und setzen den Rahmen für nationale Maßnahmen. Durch gemeinsame europäische Regelungen wird sichergestellt, dass Nachhaltigkeitsziele grenzüberschreitend verfolgt und Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. In ihrer neuen Legislaturperiode schlägt die EU-Kommission einen Wettbewerbskompass vor, der zusammen mit dem Clean Industrial Deal in den kommenden Jahren das Herzstück der Wirtschafts- und Klimapolitik der EU bilden soll.

Die begleitenden Richtlinien, Verordnungen und delegierten Rechtsakte zu diesem Kompass werden in den kommenden Monaten und Jahren erstellt und mit dem EU-Parlament und dem Rat der EU verhandelt. Übergreifendes Ziel ist es, die EU-Mitgliedsstaaten wettbewerbsfähiger zu machen und gleichzeitig weiterhin die Weichen für die Transformation zu einer klimaneutralen, nachhaltigen Wirtschaft zu stellen. Deutschland gestaltet als einflussreiches Mitglied der EU aktiv die europäischen Nachhaltigkeitspolitiken mit.

Die enge Verzahnung zwischen nationaler und europäischer Ebene ist entscheidend, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt und die Umweltverschmutzung effektiv zu bewältigen. Der RNE verfolgt diese Prozesse und integriert sie systematisch in seine Beratung. Zudem ist der RNE durch seine Mitgliedschaften in Netzwerken wie dem European



Environment and Sustainable Development Advisory Council (EEAC) oder dem European Sustainable Development Network (ESDN) gut vernetzt. Dadurch kann er Synergien nutzen und relevante Themen umfassender bearbeiten.

Kommunale Nachhaltigkeit

Ob internationale Nachhaltigkeitsziele erfolgreich umgesetzt werden können, hängt weitgehend von geeigneten Rahmenbedingungen für Städte, Gemeinden und Landkreise ab. Laut OECD können zwei Drittel der SDGs nur unter Mitwirkung der kommunalen Ebene erreicht werden. Dem Deutschen Institut für Urbanistik zufolge sind sogar bis zu 74% aller SDG-Unterziele unmittelbar relevant für deutsche Kommunen. In angespannten geopolitischen Zeiten sowie vor dem Hintergrund unklarer politischer Mehrheiten gewinnen darüber hinaus auch subnationale Akteure für ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik an Bedeutung. Daher bietet eine gute vertikale Integration der Nachhaltigkeitspolitik und der geeigneten Rahmenbedingungen für jede politische Ebene großes Potenzial für nachhaltige Entwicklung.

Der RNE wirkt auf eine verstärkte Sichtbarkeit kommunaler Beiträge im Mehrebenensystem hin und berät die Bundesregierung zur Förderung der vertikalen Kohärenz der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Im Zuge dessen integriert er die kommunale Ebene systematisch in seine Beratungsprozesse.

Deutsche Nachhaltigkeits-Governance, Aktionsplan und Missionen für ein zukunftsfähiges Deutschland

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ist das Steuerungsinstrument für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Richtschnur sind die 17 SDGs. Für eine bessere Wirkungsentfaltung und schnellere Umsetzung der Maßnahmen soll die DNS in Form eines Aktionsplans mit Missionen weiterentwickelt werden. Grundlage hierfür ist der Kabinettsbeschluss „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“ vom 5.11.2025. Der Rat wird diesen Prozess begleiten und übergreifende Beiträge zur Governance und Missionspolitik erarbeiten. Zudem trägt er durch die fachliche Beratung zu den ausgewählten Schwerpunktthemen zu einer verbesserten Wirkungsorientierung bei und stärkt den Umsetzungscharakter der Maßnahmen. Zudem leistet er durch die fachliche Beratung in den ausgewählten Schwerpunktthemen einen Beitrag zur verbesserten Wirkungsorientierung und stärkt in seinen Beratungen den Umsetzungscharakter.

Projekte und Netzwerke

Gemäß dem erweiterten Mandat des Rates fördert dieser über verschiedene Projekte den gesellschaftlichen Dialog zur nachhaltigen Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene. Dadurch soll das Bewusstsein für Nachhaltigkeit wirksam in der Gesellschaft und in der Wirtschaft verankert werden. In Netzwerken wird verstärkt auf kommunalen, nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch gesetzt.

Projekte und geförderte Netzwerke des RNE bieten darüber hinaus einen besonderen Hebel für die politische Ratsarbeit. Stellungnahmen des Rates erhalten mehr Aufmerksamkeit, zudem regen Projekte und Netzwerke zum Diskurs und Fachaustausch an und lassen sich einem Qualitäts- und Praxischeck unterziehen. In enger Zusammenarbeit zwischen Projekten und RNE lassen sich auch gezielter unterschiedliche Perspektiven einholen. Diese können wiederum in Stellungnahmen eingebracht werden oder die Basis bilden für eigene Positionen des RNE.

Überregionale Vernetzung und Vernetzung in den Regionen



Die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN) wollen nachhaltiges Engagement in ganz Deutschland sichtbar machen und mehr Menschen zu einem nachhaltigen Handeln bewegen.



RNE ist Mitglied im European Environment and Sustainable Development Advisory Councils Network (EEAC-Netzwerk) zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung in Europa und des Austauschs bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedern beteiligter nationaler und regionaler Beratungsgremien.



RNE ist assoziiertes Mitglied im European Sustainable Development Network (ESDN-Netzwerk) – einem Netzwerk von Entscheidungsträger*innen, Expert*innen und Organisationen aus europäischen Ländern zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Europa und zur Unterstützung der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs).

Fokus Wirtschaft:



Die Climate Governance Initiative (CGI) – Chapter Germany (zusammen mit der European School of Management and Technology (ESMT) Berlin und Board Academy e. V.) will Aufsichtsräte bei der Transformation der Unternehmen hin zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit unterstützen.



Ab 2011 wurde der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) als ein Transparenzstandard zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen entwickelt. Seit 2025 bietet der DNK ein umfassendes Unterstützungsangebot, das die Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen spürbar erleichtert. Es richtet sich an Unternehmen, die nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) direkt oder indirekt berichtspflichtig sind, ebenso wie an freiwillig Berichtende nach dem Voluntary Sustainability Reporting Standard for SMEs (VSME).

Fokus Kommunen



Der RNE-Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) unterstützt Kommunen dabei, den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung vor Ort mess- und damit steuerbar zu machen.

Dialog Nachhaltige Stadt

Der Dialog Nachhaltige Stadt fördert den Austausch von Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Gleichzeitig ermöglicht er kommunale Impulse für eine nachhaltige Bundespolitik.



Der Rat 2026-2028

➤ DIE MITGLIEDER DES RATES

Sie erreichen uns über die RNE Geschäftsstelle und den Generalsekretär:

Dr. Jürgen Janssen
juergen.janssen@nachhaltigkeitsrat.de

+49 (0)30 338424-121



PROF. DR. STEFAN BAYER

German Institute for Defence
and Strategic Studies, Hamburg



**GRÄFIN BETTINA
BERNADOTTE AF WISBORG**

Geschäftsführerin der Mainau GmbH



CAROLIN BOßMEYER

Senior Manager Government Affairs,
Heidelberg Materials



PROF. DR. FATMA DENIZ

Designierte Präsidentin TU Berlin



TANJA GÖNNER

Hauptgeschäftsführerin BDI e.V.



PROF. DR. GERALD H. HAUG

Ratsvorsitzender; Direktor, Max-Planck Institut für Chemie;
Ordentlicher Professor an der ETH Zürich



REINER HOFFMANN

Stellvertretender Ratsvorsitzender; ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB; Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)



THOMAS KUFEN

Oberbürgermeister der Stadt Essen



PROF. DR. MARK G. LAWRENCE

Wissenschaftlicher Direktor Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS)



DR. KATRIN LEONHARDT

Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank



PROF. DR. KAI NIEBERT

Präsident Deutscher Naturschutzring DNR e.V.



HUBERTUS PAETOW

Präsident Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft DLG e.V.



DR. MYRIAM RAPIOR

Stellvertretende Vorsitzende Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND e.V.



DR. WERNER SCHNAPPAUF

Rechtsanwalt und Berater; Staatsminister a.D.



ACHIM STEINER

Vorsitzender der Hamburg Sustainability Conference (HSC)